

Antrag 2022/II/Bez/3

Kreis Eimsbüttel

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Die Bezirke müssen Anker der Hamburger Verwaltung bleiben

1 Aufgabe einer modernen Verwaltung ist es, die Organisation unseres Zusammenlebens für al-
2 le Beteiligten möglichst effizient und reibungslos zu gewährleisten. Dabei muss den gestiege-
3 nen Ansprüchen an Transparenz, Beteiligung und schonenden Umgang mit unseren Ressour-
4 cen gleichermaßen Rechnung getragen werden. Diese Anforderungen stellen uns insbesondere
5 in einem Stadtstaat immer wieder vor die Herausforderung darüber zu entscheiden, ob die Er-
6 ledigung einzelner Verwaltungsaufgaben sinnvoller zentral oder dezentral organisiert werden
7 sollten.

8 In Bezug auf das Meldewesen hat der Senat sich entschieden, diese Aufgaben sowohl für den
9 Fachbereich Einwohnerdaten als auch für den Fachbereich Ausländerangelegenheiten zukünf-
10 tig zentral unter Leitung der für die Bezirke zuständigen Fachbehörde zu organisieren. Grund
11 für diese Entscheidung waren zum einen die Erwartung, dass die Digitalisierung der Prozesse
12 zentral leichter umzusetzen ist und zum anderen die Erfahrung, dass die Steuerung des Perso-
13 nals durch die Bezirke mit dem Federführerprinzip aufgrund ständig steigender Aufgabenvolu-
14 mina bei unzureichender personeller Ausstattung an ihre Grenzen stößt und somit personelle
15 Engpässe nicht ausreichend abgefangen werden konnten.

16 Die Entscheidung der Zentralisierung wurde in einem längeren Prozess gemeinsam mit den
17 Bezirksamtsleitungen vorbereitet. Nicht in allen Punkten wurde Konsens erreicht. Vor diesem
18 Hintergrund ist es notwendig, dass sich die SPD Hamburg als Großstadtpartei, welche sich be-
19 stimmten politischen Zielen wie der Bekämpfung des Klimawandels, dem Wohnungsbau, der
20 Verkehrswende und der sozialräumlichen Betrachtung und Organisation unserer Quartiere ver-
21 pflichtet fühlt, darüber verständigt, welche Rolle unsere Bezirke und die Bezirksverwaltung zu-
22 künftig spielen sollen.

23 Die enormen Herausforderungen, vor denen wir stehen, brauchen verlässliche demokratische
24 Strukturen, welche fest in der Bevölkerung verankert sind. Hierbei kommt den Bezirken mit ih-
25 ren politischen Gremien einerseits und ihrer Verwaltung andererseits eine unverzichtbare Rol-
26 le zu. Gesellschaftliche Entwicklungen wie z.B. die steigende Zahl Geflüchteter, welche schnell
27 untergebracht und später in Wohnraum vermittelt werden müssen, führen zu Diskussionen
28 vor Ort, die in demokratischen Prozessen organisiert und zusammengeführt werden müssen.
29 Nur so kann ein solidarisches Miteinander gewährleistet werden.

30 Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass mit dem Haushaltsplan 2023/2024 die finanzielle
31 und personelle Ausstattung der Bezirke abgesichert und wesentlich verbessert wurde. Mit ei-
32 nem Zuwachs von über einhundert Millionen Euro für den Doppelhaushalt gehen die Bezirke
33 finanziell gestärkt in die kommenden Jahre.

34

35 Für die zukünftige Gestaltung unserer Stadtgesellschaft ist es unbedingt notwendig, dass al-
36 le Fragen, welche einen direkten sozialräumlichen Bezug aufweisen, weiterhin vor Ort in den
37 sieben Bezirksämtern verwaltet und von den sieben Bezirksversammlungen politisch gestaltet
38 werden. Hierzu gehören insbesondere der Wohnungsbau, die Gestaltung des Verkehrsraumes,
39 das Management unserer Grün- und Erholungsflächen sowie die Gestaltung des Sozialraumes
40 mit seinen unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und Sporteinrichtungen. Eine Zentralisie-
41 rung dieser Aufgaben lehnen wir ab.

42 Der Landesparteitag möge beschließen:

43 1. Wir begrüßen ausdrücklich, dass die Bezirke im Rahmen der Haushaltsaufstellung für
44 den Doppelhaushalt 2023/2024 deutlich gestärkt werden sollen und fordern Senat und
45 Bürgerschaft auf, dafür Sorge zu tragen, dass die personelle und finanzielle Ausstattung
46 der Bezirke auch in den folgenden Jahren entsprechend ihrer Aufgaben auskömmlich ist.
47 Insbesondere ist dafür Sorge zu tragen, dass bei steigenden Fallzahlen, wie z.B. aktuell
48 geschehen bei den Wohngeldberechtigten, zeitnah entsprechend Personal nachgesteu-
49 ert wird, um die Bezirke als leistungsstarke und bürgernahe Dienstleister zu erhalten.

50 2. Wir fordern den Senat auf, dafür Sorge zu tragen, das bürgerschaftliche Ersuchen aus der
51 Drs. 21/15368 zur Angleichung der Dotierung von Stellen in der Bezirksverwaltung und
52 in den Fachbehörden umzusetzen, um das benötigte Personal auch für die bezirklichen
53 Aufgaben neu zu gewinnen bzw. halten zu können.

54 3. Wir fordern Senat und Bürgerschaft dazu auf, weiterhin keine sozialräumlichen Aufgaben
55 der Bezirksverwaltung zu zentralisieren. Insbesondere die Überlegungen zur Gründung
56 einer externen Gesellschaft, welche die Entwicklung einer Bebauung an den Magistra-
57 len übernehmen soll, lehnen wir ab. Vielmehr fordern wir Senat und Bürgerschaft auf,
58 dafür Sorge zu tragen, dass die Ausstattung der zuständigen Planungsabteilungen so ge-
59 staltet ist, dass die wichtige Aufgabe der städtebaulichen Entwicklung weiterhin vor Ort
60 gewährleistet werden kann, wie es gesetzlich vorgesehen ist.